

Zwischen Reform und Modernisierung – eine neue Phase der Gestaltung von Berufsbildungspolitik?

Interview der Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Dr. Annette Schavan



ZBW: *Bei der Vorstellung Ihres Programms im Bundestag sprachen Sie sich für mehr Qualität und Gerechtigkeit sowie eine höhere Teilhabe an Bildung aus. Deshalb wollen Sie auch die Reform der Berufsausbildung vorantreiben und die Bedingungen für die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer verbessern. Was genau verstehen Sie darunter?*

Schavan: Bei der Reform der Berufsausbildung ist schon einiges in die Wege geleitet worden, auf dem wir aufsetzen können. Ich schließe hier alle Ebenen ein, die Unternehmen, viele Institutionen, die Länder und den Bund. Mit der im Bundestag mit großer Mehrheit überparteilich beschlossenen Novellierung des Berufsbildungsgesetzes konnte in 2005 ein klares Zeichen in Richtung Modernisierung gesetzt werden.

Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen, Bildung und Qualifizierung sichert Innovationsfähig-

keit für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Reformen der Berufsausbildung voranzutreiben ist hier ein zentraler Punkt, ich möchte dies in einigen Schwerpunkten umreißen:

- Ausbildungsmärkte sind regionale Märkte, es gilt die regionale Verantwortung für die Ausbildungsmärkte zu stärken.
- Ich möchte die Modernisierung der Berufsbildung voranbringen. Dazu zählt die Modernisierung der Berufe, um die Anschluss- und Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und zu sichern. Gerade an den Schnittstellen des Bildungssystems insgesamt, aber auch den Schnittstellen innerhalb der Berufsbildung muss eine neue Dynamik herrschen. Das sind wir unseren Jugendlichen schuldig. Um ein Beispiel zu nennen: Warteschleifen sind nicht nur ökonomisch schwer zu rechtfertigen, sie binden erhebliche

Ressourcen. Warteschleifen sind ein Signal für einen wenig verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

- Bildung, berufliche Bildung sichert gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Bildung bedeutet zugleich gesellschaftliche Integration. Unter Chancengerechtigkeit verstehe ich dabei auch, dass wir faktische Verknüpfungen zwischen sozialer Herkunft und erzielten Bildungsleistungen sowie damit verbundenen Ausbildungschancen nicht länger akzeptieren wollen, dies gilt nicht zuletzt für neue Impulse für die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Die Ausgestaltung der Nahtstelle von allgemein bildender Schule zu Ausbildung und Beschäftigung ist von entscheidender Bedeutung für eine kontinuierliche Bildungsbiographie der Jugendlichen und letztendlich für eine erfolgreiche Ausbildung. Deshalb muss das Übergangsmanagement selbstkritisch hinterfragt werden: wo stehen wir hier und was muss nachjustiert werden.
- Der fünfte Schwerpunkt heißt für mich, unsere berufliche Bildung auf Europa hin zu öffnen, denken Sie an die Förderung der Mobilität und der damit verbundenen notwendigen Vergleichbarkeit von Qualifikationen und deren wechselseitiger Akzeptanz. Für mich ist die Zielsetzung einer nationalen Interessenvertretung und die Beteiligung an den Prozessen zur Schaffung eines europäischen Qualifikationsrahmens oder eines europäischen Leistungspunktesystems dabei kein Widerspruch.

Die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer ist ein wichtiges Thema und ich hatte dies bewusst auch im Bundestag als zentrale Themenstellung aufgegriffen. Zudem ist es ein Thema, welches un-

mittelbar mit einer besseren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung mit dem Ziel eines systematischen Bildungsansatzes verbunden ist.

Wir reden im Zusammenhang mit demographischem Wandel von einer Entwicklung über 20 und mehr Jahre, da sind die „Alten“, die es betrifft, heute gerade mal 40 bis 45. Deshalb aber greift es zu kurz, - so wichtig sie ist - ausschließlich auf Weiterbildung oder Qualifizierung im rein „traditionellen Sinne“ zu setzen.

Wir brauchen darüber hinaus neue Konzepte in den Unternehmen, die Arbeits-, Familien- und Lernzeit viel stärker miteinander verknüpfen. In der Demographieinitiative haben wir genau hier angesetzt. Wir haben Instrumente der Unternehmensführung und des Personalmanagements entwickelt, die einen zweckmäßigen Umgang mit dem demographischem Wandel ermöglichen. Relativ bekannt sind „altersgemischte Teams“ bei denen wechselseitiges Lernen in Unternehmen – nicht nur jung von alt oder alt von jung – im Zentrum steht. Daneben wurden Arbeitszeitmodelle erprobt, die Beruf und Familie besser in Einklang bringen. Im Programm „Innovationsfähigkeit in einer modernen Arbeitswelt“ sind Fragen des demographischen Wandels auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil.

Auch das BMBF-Programm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ hat neue und wichtige Erkenntnisse zum Thema lebensbegleitender Qualifizierung gebracht. Hier wurden Konzepte des Lernens im Sozialen Umfeld, in Weiterbildungseinrichtungen, im Netz und natürlich im Prozess der Arbeit erforscht und analysiert. Die Erkenntnisse sind in Unternehmen erfolgreich erprobt worden – und sie sind umsetzbar. Auch in „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ gilt es, gemeinsame Prozesse von jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit älteren zu ermöglichen. Darüber hinaus widmete sich das Programm auch der

Aufgabe, informelle Lernsituationen – beispielsweise im sozialen Umfeld – für das Arbeitsleben nutzbar zu machen.

ZBW: *In diesem Zusammenhang haben Sie besonders hervorgehoben, dass die Zahl der Schulabsolventen steigt, die sich für eine berufliche Ausbildung bewerben. Zudem bleibt nach der Koalitionsvereinbarung vom November 2005 das Ziel, dass jeder ausbildungswillige und –fähige Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält und dass die Jugendarbeitslosigkeit ein dringend zu lösendes Problem ist. Welche Maßnahmen wollen Sie zur Erreichung der Ziele ergreifen? Wie wollen Sie dazu beitragen, um allen Jugendlichen eine berufliche Zukunft zu sichern?*

Schavan: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen ist eine zentrale gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgabe, deren Überwindung einen wichtigen Gradmesser bei der Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung darstellt. Der in 2004 mit der Wirtschaft abgeschlossene Ausbildungspakt ist hier ein Schritt in die richtige Richtung, aber die positiven Effekte aus den Paktergebnissen gilt es zu verstetigen, wir brauchen eine neue Dynamik. Im April werde ich dem Bundeskabinett den Berufsbildungsbericht 2006 vorlegen, der die Ausbildungssituation 2005 beschreibt und analysiert. Dabei wird meines Erachtens deutlich, es gibt nicht den einen, alleinigen Weg, eine befriedigende Situation am Ausbildungsmarkt zu erreichen oder auch der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzutreten. Die im Berufsbildungsbericht anschaulich dargestellte mittel- und langfristige Entwicklung des dualen Systems seit etwa 1992 verdeutlicht zudem, dass es hier nicht allein um die quantitative Entwicklung von Angebot und Nachfrage betrieblicher Ausbildung geht, wir dürfen uns auch einer strukturellen Diskussion

nicht verschließen. Ergänzend zum Nationalen Pakt für Ausbildung habe ich deshalb einen Innovationskreis Berufsbildung berufen, mit dem ich – unter Einbeziehung relevanter Experten – neue Impulse für die strukturelle Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland beraten und Handlungsoptionen identifizieren will. Neben der Beteiligung der Wissenschaft möchte ich mit der bewussten Einbeziehung von innovativer betrieblicher und schulischer Praxis eine Bodenhaftung und Umsetzungsorientierung gewährleisten.

Die Nähe der betrieblichen Ausbildung zum Beschäftigungssystem ist eine ihrer entscheidenden Stärken, sie bedeutet aber zugleich eine unmittelbare Verknüpfung mit den wirtschaftsstrukturellen Veränderungen. Aufgrund dieser Korrelationen – noch verstärkt durch demographische Aspekte – geht es mir im Innovationskreis dabei um die Erarbeitung gemeinsamer Strategien, um unsere beruflichen Qualifizierungssysteme „fit“ für die Anforderungen der mittel- und langfristigen Zukunft zu machen. Zudem setzen wir den Prozess bei der Gestaltung neuer und modernisierter Berufe fort. Im Januar habe ich in Berlin mit der Auftaktkonferenz des Ausbildungsstrukturprogramms „JOBSTARTER – für die Zukunft ausbilden“ ein bewusstes Signal für eine aktive Verantwortungswahrnehmung im Feld der beruflichen Bildung gesetzt. Mit einer Laufzeit bis 2010 und seinem Finanzvolumen von 100 Millionen € (einschließlich ESF-Kofinanzierung) werde ich mit dem Programm JOBSTARTER gezielt die strukturelle Stärkung des betrieblichen Ausbildungsangebots mit regional ansetzenden Förderprojekten in den Mittelpunkt stellen.

Mit den vorgesehenen Steigerungsansätzen für das Bildungs- und Forschungsressort für 2006 in Höhe von 430 Millionen € und dem Ziel bis 2010 die Aufwendungen für Forschung und Ent-

wicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ist ein klares Zeichen für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung verbunden. Dies gilt es auch für die Gewinnung und Sicherung von betrieblicher Ausbildungsbeteiligung zu nutzen.

ZBW: *Kritiker der Dualen Berufsausbildung weisen darauf hin, dass die starke Position der Kammern in der Regelung und Überwachung der Berufsausbildung weitergehende Reformen erschweren. Inwieweit halten Sie diese Kritik für gerechtfertigt? Wären u. U. auch rechtliche Änderungen anzustreben?*

Schavan: Eine pauschale Kritik halte ich nicht für gerechtfertigt. Ich kann mir eine Übertragung der Beratungs- und Überwachungsfunktion von den Kammern auf andere Institutionen nur schwer vorstellen, ohne das System der dualen Ausbildung mit seiner heutigen Ausgestaltung damit insgesamt zur Disposition zu stellen.

Die manchem Kritiker vielleicht zu weitgehend erscheinenden Rechte der Kammern korrespondieren auf der anderen Seite mit der Verantwortung der Wirtschaft für ein adäquates Angebot an Ausbildungsplätzen. Die Einbindung der Kammern ist eine Form der konkreten Wahrnehmung dieser Verantwortung.

Hinter der Kritik an den Kammern steht bei einigen Kritikern auch der generelle Aspekt, das duale System sei zu unbeweglich. Ich glaube, das hat sich inzwischen geändert, das System der dualen Berufsausbildung ist längst nicht mehr statisch angelegt, sondern beruht auf einem immanenten Modernisierungsprozess. Im Bereich der Entwicklung und Modernisierung von Ausbildungsberufen können wir sehr zeitnah und anforderungsgerecht auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt und auf technologische Innovationen reagieren. Das ist zu einer Daueraufgabe geworden.

ZBW: *Im Zusammenhang mit dem Ausbildungspakt gelingt es nicht, die Gewerkschaften ‚ins Boot‘ zu bekommen. Wie beurteilen Sie die bestehenden Spannungen zwischen den Sozialpartnern im Bereich der Berufsbildung? Könnten diese nicht den Fortbestand des Konsensprinzips gefährden?*

Schavan: Das für Neuordnung und die Schaffung neuer Ausbildungsberufe geltende Konsensprinzip wird durch den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland nicht berührt. Bund, Sozialpartner und – was häufig übersehen wird – auch die Länder arbeiten hier sehr vertrauensvoll und erfolgreich zusammen. Wir haben hier und da natürlich auch Auffassungsunterschiede, etwa bei zweijährigen Berufen, die von den Gewerkschaften meist aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden. Wenn der Bund sich hier dann doch anders entscheiden will oder muss, wird dadurch das Konsensprinzip nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Mir persönlich ist der Kontakt und die Abstimmung mit beiden Sozialpartnern wichtig, ich nehme einen konstruktiven Dialog gerade auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften sehr ernst.

ZBW: *Nach unserer Beobachtung vollzieht sich in der Berufsausbildung derzeit eine markante Fehlsteuerung: Jugendliche mit vergleichsweise schlechten Schulabschlüssen erhalten keinen dualen Ausbildungsplatz und landen mit einem hohen Anteil in schulischen Bildungsgängen, für die ihnen häufig die Motivation fehlt. Demgegenüber gelingt es Jugendlichen mit guten Schulabschlüssen, sich einen der knappen Ausbildungsplätze im Dualen System zu sichern, wobei viele von ihnen nach der Ausbildung ein Studium aufnehmen. Wie kann die Bildungspolitik diesen Tendenzen entgegenwirken?*

Schavan: Bildung und Bildungsverhalten lassen sich vom Staat und von der Politik nur bedingt steuern, auch sind die von Ihnen beschriebenen Effekte sehr vielschichtig und müssen unter vielfältigen Gesichtspunkten differenziert betrachtet werden. Die Verantwortung der Wirtschaft für die berufliche Ausbildung in Deutschland korrespondiert mit Angebots- und Nachfragemechanismen am Ausbildungsplatzmarkt und einer dabei notwendigen Entscheidungsautonomie von Bewerbern und Betrieben. Der Staat kann dem ausbildenden Betrieb nicht vorschreiben, welche Bewerberin, welchen Bewerber er einstellen soll oder muss. Aber die beschriebene Tendenz, gerade „schulmüde“ Jugendliche in schulische Ausbildungs- und Qualifizierungswege münden zu lassen, muss nachdenklich machen. Dies ist ein Aspekt, den wir bei unseren Überlegungen – auch in dem oben genannten Innovationskreis berufliche Bildung – adäquat berücksichtigen werden. Das mit dem Nationalen Ausbildungspakt verbundene Programm der betrieblichen Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche mit individuellen Vermittlungshemmnissen könnte hier einen alternativen Weg aufzeigen. Wichtig ist mir, dass wir schulische und vollzeitschulische Ausbildungsalternativen nicht von der betrieblichen Praxis trennen dürfen, sondern eine betriebliche und betriebsnahe Ausgestaltung dieser Bildungsangebote erreichen. Dies erhöht zugleich die Übergangschancen in die Beschäftigung.

ZBW: *Ein Viertel aller Jugendlichen wird heute schon in Berufsfachschulen ausgebildet. Gemäß einer Untersuchung der OECD werden deren Absolventinnen und Absolventen seltener arbeitslos als im Dualen System ausgebildete Personen. Welche Auswirkungen hat dieser Befund für Ihre berufsbildungspolitischen Entscheidungen?*

Schavan: Ich glaube, man muss den OECD-Bericht „Education at a Glance“ aus 2004 doch näher und differenziert betrachten. Auf den ersten Blick weist er mit 10% eine höhere Erwerbslosenrate von Erwerbsfähigen mit dualer Berufsausbildung im Vergleich zu Absolventen mit berufsqualifizierendem Berufsfachschulabschluss (7%) aus. Hieraus lassen sich meines Erachtens aber keine systembedingten Nachteile und schlechteren Beschäftigungschancen von dual ausgebildeten Menschen herleiten. So qualifizieren das duale System und Berufsfachschulen ganz überwiegend für Teilarbeitsmärkte, die wiederum mit unterschiedlichen Erwerbs- und Beschäftigungschancen verbunden sind. Schwerpunkte des Bildungsangebots der Berufsfachschulen liegen im Bereich der primären und sekundären Dienstleistungsberufe, während das duale System u. a. der Hauptqualifizierungsweg im produktionsorientierten Wirtschaftssegment ist. Gerade hier ist in den letzten Jahren ein besonders hoher Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu beklagen. Insofern spiegeln die Daten der OECD eher Effekte des strukturellen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft als dass hierdurch die Leistungsfähigkeit des dualen Systems gemessen wird. So beziehen sich die Analysen der OECD ja auch nicht auf die Chancen des Übergangs von Ausbildung in Beschäftigung, sondern auf die Erwerbsbevölkerung insgesamt. Gerade bei den älteren Jahrgängen sind die rechnerischen Anteile von dual ausgebildeten Personen und der Beschäftigung in produktionsnahen Bereichen sehr ausgeprägt. Auch ist die Betrachtung auf Basis von Arbeitslosenquoten nur ein Aspekt einer möglichen analytischen Betrachtung, denkt man in „Beschäftigungsquoten“, kommt man schnell zu differenzierten Aussagen. In den immer noch männlich domi-

nierten und auf Vollzeitwerbsstellen ausgerichteten produktionsorientierten Berufen sind Teilzeitbeschäftigungen mit einem Anteil von unter 5 % deutlich unterrepräsentiert, während dieser – auch in Korrelation mit dem höheren Anteil weiblicher Beschäftigten und geschlechtsspezifischen Erwerbsverläufen – in den Dienstleistungsberufen mit rd. 20% deutlich höher liegt.

Aber die OECD-Studie ist das eine, die Erhöhung von Beschäftigungschancen und mittel- und langfristige Beschäftigungsfähigkeit ist das andere. Hier dürfen wir uns nicht auf den vermeintlichen Lorbeeren vergangener Tage ausruhen, sondern müssen mit einer auf strukturelle Innovation und Modernisierung zielenden Politik zur Zukunftsfähigkeit des dualen Systems und der Berufe beitragen.

ZBW: *Mit welchen Instrumenten wollen Sie die Wirkungen der im April 2005 in Kraft getretenen Reform des Berufsbildungsgesetzes überprüfen?*

Schavan: Die Bundesregierung hat sich bereits im Koalitionsvertrag verpflichtet, die Wirkung der Reform des Berufsbildungsrechts gemeinsam mit den Partnern im Laufe der Legislaturperiode zu überprüfen. Dieser Evaluationsprozess wird dabei in zwei Schritten ablaufen: In Abstimmung mit den Ländern wird der Bund voraussichtlich im Spätherbst 2006 einen Workshop ausrichten, bei dem die maßgeblichen Akteure der Berufsbildung in einen Erfahrungsaustausch zum Stand der Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes eintreten sollen. In diesem Forum wird sich auch bereits die Gelegenheit bieten, über Probleme der Umsetzung in der Praxis zu sprechen und – sofern bis dahin bereits erkennbar – einen etwaigen gesetzlichen Anpassungsbedarf zu diskutieren. Für Mitte 2009 ist dann eine abschließende Gesamtevaluation des Reformvorhabens geplant.

Parallel dazu wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung – in Kooperation mit den fachlich zuständigen Institutionen und Gremien in Bund und Ländern – auch weiterhin die Umsetzung der Novelle sowohl auf Länder- als auch auf der Ebene der berufsständischen Kammern und der Ausbildungsbetriebe kontinuierlich beobachten und begleiten.

ZBW: *Sie fordern, dass bei einer strukturellen Neuausrichtung der Berufsvorbereitung der individuelle Förderbedarf Jugendlicher zum entscheidenden Kriterium werden solle. Was ist konkret damit gemeint?*

Schavan: Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern. Wir haben mit der Entwicklung einer neuen Förderstruktur im Rahmen der Berufsausbildungsvorbereitungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit das bisherige starre Maßnahmenangebot aufgegeben und durch ein zielgruppenübergreifendes, binnendifferenziertes Qualifizierungsangebot ersetzt. Die Angebote an die Jugendlichen richten sich nunmehr nach dem individuellen Bedarf. In aufeinander aufbauenden Qualifizierungsabschnitten (Grundstufe, Förderstufe, Übergangsqualifizierung) wird der Jugendliche – seinen individuellen Kompetenzen entsprechend – auf eine möglichst rasche Integration in der Ausbildung vorbereitet. Grundlage hierfür ist ein Qualifizierungsplan, der nach einer umfassenden Eignungsanalyse zeitlich und inhaltlich auf die individuellen Kompetenzen des Jugendlichen zugeschnitten wird. Der Qualifizierungsplan wird von einem sog. Bildungsbegleiter erstellt und kontinuierlich fortgeschrieben. Die Bildungsbegleiter betreuen die Jugendlichen während der gesamten Zeit der Berufsausbildungsvorbereitung.

Wir versprechen uns diesbezüglich noch weitere Erkenntnisse aus dem in diesem Jahr abzuschließenden Förder-

programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf (BQF-Programm)“. Danach unterstützen auch die Erfahrungen aus anderen Projekten die These, dass neben der Eignungsanalyse, die zu Beginn der Fördermaßnahmen mit den Jugendlichen durchgeführt wird, eine kontinuierliche Prozess begleitende Kompetenzfeststellung Grundlage für die Festlegung des individuellen Förderbedarfs sein muss. Dazu gehört auch beispielsweise die Berücksichtigung der spezifischen Kompetenzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

ZBW: *Trotz zahlreicher Förderprogramme in den vergangenen 30 Jahren gelingt es nur sehr begrenzt, das Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen zu beeinflussen. Haben Sie hier neue Ideen und Ansätze, die zu erproben wären?*

Schavan: Die Bundesregierung hat zahlreiche Maßnahmen initiiert, die darauf abzielen, das eingeschränkte und tradierte geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten von Mädchen zu verändern und ihnen die Chancen in naturwissenschaftlich-technischen Berufen klar zu machen. Beispiele sind:

- Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag
- Roberta, das Kursprogramm zum Entwerfen, Konstruieren und Programmieren von Robotern für Mädchen
- LizzyNet, die Online-Plattform als Informationsangebot und virtueller Lernort
- JobLab, ein multimediales Planspiel als Entscheidungshilfe zur Berufsfindung

Erfolge sind bereits zu verzeichnen: in der dualen Berufsausbildung liegt der Mädchenanteil bei den neuen technischen Berufen zum Beispiel bis zu 54,1% bei den Mediengestaltern/-innen für Digital- und Printmedien. Bei den Studienanfängerinnen im naturwissenschaftlichen

Bereich, z.B. im Maschinenbau, ist der Frauenanteil von 8,9% in 1985 auf 16,9% in 2005 gewachsen.

Zur Sicherung und zum Ausbau des erreichten Wandels im Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen ist auch in Zukunft eine Fortführung der Maßnahmen notwendig. Hierzu zählen insbesondere diejenigen, die in erfolgreicher Zusammenarbeit mit der Wirtschaft durchgeführt werden.

ZBW: *Wie wollen Sie Jugendliche und Unternehmer mit einem Migrationshintergrund gezielter für die Beteiligung an der beruflichen Bildung gewinnen?*

Schavan: In Deutschland hat sich die Zahl von Unternehmern mit Inhabern ausländischer Herkunft seit den 90er Jahren mehr als verdoppelt – von rund 144.000 im Jahr 1990 auf jetzt knapp 300.000, Tendenz weiter steigend. Ihre Beteiligung an der betrieblichen Berufsausbildung ist jedoch noch sehr gering, sie schwankt – je nach Nationalität – lediglich zwischen sechs und 15 %.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, in den nächsten Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze in Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft deutlich zu erhöhen. Mein Haus hat deshalb eine Fülle von bundesweiten Aktionen in Gang gesetzt. Unter anderem haben wir zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag sowie deutsch-ausländischen Unternehmerverbänden die Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ gegründet, um konkrete Maßnahmen zu vereinbaren. So haben 50 Industrie- und Handelskammern Ausländerbeauftragte ernannt, die zur Verbesserung der Informations- und Serviceleistungen der Kammer als erste Ansprechpartner für ausländische Unternehmer zur Verfügung stehen. Im Rahmen einer von meinem Ministerium durchgeführten bundesweiten Aktion „Moscheen aktiv für Berufsbildung“

haben Berufsbildungsexperten in 11 Großstädten Imane und Vorsitzende von rund 750 Moscheevereinen über das betriebliche Berufsbildungssystem informiert, damit jene in ihren Gemeinden für dieses Thema intensiv werben können. Diese erfolgreiche Aktion wollen wir auch auf andere Nationalitäten- bzw. Religionsgruppen übertragen.

Das BMBF leistet mit dem laufenden BQF-Programm bereits einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen des BQF-Programms werden u.a. bundesweit zehn lokale / regionale Berufliche Qualifizierungsnetzwerke für Migrantinnen und Migranten (BQN) gefördert. Ziel der BQN-Aktivitäten ist es, die vereinzelt Aktivitäten der Akteure im Feld der beruflichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zusammenzuführen und vor Ort ein integriertes Handlungskonzept zu entwickeln und zu erproben.

ZBW: *Sie wollen das Angebotsspektrum der Berufsausbildung durch gestufte Ausbildungsordnungen erweitern und bei jeder Aktualisierung und bei jeder Neuentwicklung von Ausbildungsberufen prüfen, ob eine Stufung sinnvoll ist. Welche Kriterien wollen Sie diesem Prüfungsvorgang zugrunde legen?*

Schavan: Die Anforderungen, die ein neuer Ausbildungsberuf erfüllen muss, ergeben sich aus dem Berufsbildungsgesetz. Sie gelten damit für herkömmliche Berufe genauso wie für gestufte Ausbildungsgänge; die Befähigung zur Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit ist auch hierfür der entscheidende Maßstab. Anlernberufe wird es im dualen System also nicht geben. Was ich will, ist eine feinere Justierung, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes folgt, ohne die Karriere- und Wechselchancen der Auszubilden-

den zu verringern. Dabei ist für mich eine ganz zentrale Botschaft: der Weg in eine duale Ausbildung ist keine Sackgasse, er bietet Perspektiven und Chancen.

ZBW: *Wie wollen Sie gewährleisten, dass das duale System der Berufsausbildung innerhalb der Europäischen Union angemessen berücksichtigt wird und international wettbewerbsfähig bleibt?*

Schavan: Bei allen Herausforderungen, vor denen wir stehen, genießt das deutsche Duale System der Berufsausbildung international einen sehr guten Ruf und erfährt hohe Anerkennung für seine praxis- und betriebsnahe Qualifizierung, die sowohl den aktuellen technischen als auch wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht. Durch kontinuierliche Modernisierung der Ausbildungsinhalte und -strukturen trägt das duale Aus- und Weiterbildungssystem maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen und damit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Des Weiteren trägt die stärkere Internationalisierung der dualen Berufsausbildung durch die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen sowie Sprachenerwerb und die durch das neue Berufsbildungsgesetz eröffneten Möglichkeiten, einen Teil der Ausbildung in einem anderen Land zu absolvieren, zur Steigerung der Attraktivität und Qualität des dualen Systems bei.

Ich stehe der Entwicklung eines europäischen Qualifikationsrahmens, der als übergreifendes Transparenz-, Vergleichs- und Übersetzungsinstrument nicht nur die Mobilität zwischen den Bildungssystemen sondern auch die berufliche Mobilität in Europa fördert, positiv gegenüber. Dabei halte ich es für eine wichtige Zielsetzung, dass beschäftigungsnahe Qualifizierungswege in Aus- und Weiterbildung gegenüber der schulischen oder auch akademischen

Ausbildung ausreichend Rechnung getragen wird.

ZBW: *Dem Dualen System der Berufsausbildung droht die Gefahr einer fortschreitenden Entbetrieblichung. Es boomen Kombimodelle von Bildungsträgern, Schulen, Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung? Sehen Sie hier einen politischen Handlungsbedarf?*

Schavan: Hinter den von Ihnen genannten „boomenden Modellen“ verbergen sich ja ganz unterschiedliche Ansätze und Alternativen zur klassischen betrieblich- oder einzelbetrieblich geprägten Ausbildung, insofern müsste man hier sicher sehr differenziert analysieren und dann im Ergebnis auch zu differenzierten Bewertungen kommen. Natürlich wirken konjunkturelle und/oder wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen des Beschäftigungssystems unmittelbar auf den Ausbildungsmarkt. Überlagert werden diese Effekte zudem von der demographischen Entwicklung und den derzeit – zumindest in gesamtdeutscher Betrachtung – weiterhin hohen bzw. auch noch steigenden Schulabsolventenzahlen. Insofern darf es – auch bei klarem Bekenntnis zum erfolgreichen dualen System – kein Denkverbot geben, bei einer wirtschaftsstrukturellen, konjunkturellen und demographisch bedingten besonderen Marktbelastung nicht auch Alternativen zu prüfen, damit möglichst alle Jugendliche konjunktur- und demographieunabhängig eine Chance auf Ausbildung und Qualifizierung erhalten. Mir geht es insbesondere dabei gerade darum, bei den unterschiedlichen Modellen und Alternativen zur klassisch geprägten Berufsausbildung eine enge Anlehnung an die betriebliche Praxis zu erreichen.

Es ist mir daher ein bildungspolitisches Anliegen, eine „Redualisierung“ – z.B. durch hohe Anteile betrieblicher

Praktika – der außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildungen zu erreichen. Ein Weg ist hier, die neuen Handlungsoptionen des § 43 II des BBiG – auch in Verbindung mit § 7 BBiG offensiv zu nutzen, dies führt zugleich zur Reduzierung von Warteschleifen und zur Vermeidung von neuen Verdrängungseffekten am Markt: denken Sie etwa an Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge, die nach deren Abschluss wieder als Nachfrager am Ausbildungsplatzmarkt auftreten.

Ein gutes Beispiel für die bewusst betriebsnahe Ausgestaltung von Alternativen zur klassischen betrieblichen ist die Förderung meines Hauses von Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern im Rahmen des sog. „Ausbildungsplatzprogramms Ost“ (APO), dieses bezieht sich ausschließlich auf zusätzliche außerbetriebliche bzw. betriebsnahe Ausbildungsplätze. Nur Bewerberinnen und Bewerber, die nach dem jährlichen Stichtag Ende September als unvermittelt gelten, eröffnet dieses Programm die Chance dennoch eine betriebsnahe Ausbildung anzutreten. Zudem handelt es sich um ein zeitlich begrenztes Sonderprogramm – es wird jährlich unter Berücksichtigung der aktuellen Ausbildungsplatzsituation auf die Notwendigkeit des Umfangs und des Ob seiner Fortführung hin geprüft -, welches den besonderen wirtschaftlichen Problemen und dem daraus resultierenden Defizit an betrieblichen Lehrstellen in den neuen Ländern Rechnung trägt. Das Programm sichert den Fachkräftenachwuchs in den neuen Ländern, sichert Zukunftsperspektiven für die Jugendlichen und verhindert die – in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit hohen Folgekosten und negativen Effekten verbundene – Abwanderung der jungen Generation aus diesen Regionen.

Lassen Sie mich ein zweites Beispiel

nennen. Die Förderung von Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) zielt in ihrem Kern gerade auf die strukturelle Stärkung der betrieblichen Ausbildung. Gerade kleine und mittelständische Betriebe, die mit ihren Ausbildungsleistungen das Rückgrat des Dualen Systems bilden, sind nicht immer in der Lage, sämtliche Ausbildungsanforderungen allein zu vermitteln. Durch den Bestand von bundesweit ca. 800 vom Bund geförderten ÜBS, die den betrieblichen Teil der Ausbildung ergänzen, werden auch kleine und mittlere Betriebe häufig erst in die Lage versetzt, auszubilden, so können auch bislang nicht ausbildende Betriebe zusätzliche Ausbildungsplätze bereit stellen.

ZBW: *Als Folge der Ergebnisse aus der Föderalismusdiskussion sieht es momentan so aus, als würden die BLK-Modellversuche in der Berufsbildung zukünftig entfallen. Gibt es in Ihrem Haus Überlegungen, dieses bewährte Innovationsinstrument durch neue Formen zu erhalten?*

Schavan: Erst Ende des letzten Jahres hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung den Bericht zu „30 Jahre Modellversuche in der Berufsbildung“ zustimmend zur Kenntnis genommen. Damit wurde eine Würdigung der bisherigen BLK-Modellversuche vorgenommen. Als Ergebnis der Arbeiten der Föderalismuskommission sind Bund und Länder aber übereingekommen, künftige Initiativen im schulischen Bereich der Berufsbildung allein durch die Länder zu fördern.

Natürlich lebt die berufliche Bildung auch weiterhin von der guten Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Duale Berufsausbildung ist auf Lernortkooperation angewiesen. Deshalb werden die Abstimmungsprozesse zwischen dem Bund, der für die außerschulische Berufsausbildung verantwortlich zeich-

net und den Ländern, die für den schulischen Teil zuständig sind, im bewährten Maße fortgesetzt. Dabei gibt es viele Gremien und Instrumente, zum Beispiel den Koordinierungsausschuss für die Abstimmung der Ausbildungsordnungen des Bundes und der Lehrpläne für die Berufsschulen, die wir selbstverständlich weiterführen.

ZBW: *Welchen Erfolg möchten Sie für die berufliche Bildung verbucht sehen, wenn Sie in vier Jahren auf die Legislaturperiode zurückblicken?*

Schavan: Erstmal hoffe ich, dann rückwirkend sagen zu können: Es ist uns gelungen, den eingeleiteten Modernisierungsprozess gut voranzubringen und den jungen Menschen die Perspektiven für Ausbildung und Beschäftigung gesichert zu haben, die sie verdienen. Wenn wir sagen können, dass alle, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, eine Chance auf Ausbildung und Qualifizierung bekommen, haben wir gute Grundlagen geschaffen.

ZBW: *Frau Ministerin, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Das Interview führten Dieter Euler und Günter Pätzold.